

Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz oder Anschluss an zentralistische Grossgebilde?

«Die Schweiz neu überdenken»

Gut besuchte Veranstaltung der «Bewegung für Unabhängigkeit»

www.gedankenfreiheit.ch

Tagungsbericht von Judith Barben und Thomas Seitz

Am 13. Dezember fand im Rahmen der 18. Vereinsversammlung der *Bewegung für Unabhängigkeit* eine gut besuchte Veranstaltung im Glockenhof (Zürich) zum Thema «*Die Schweiz neu überdenken*» statt. Zuerst nahm die Versammlung Abschied von ihrem hoch geschätzten Gründungs- und Ehrenpräsidenten, Herrn *Professor Dr. iur. Hans Ulrich Walder-Richli*, der am 30. Oktober 2008 unerwartet verstorben war. Professor Walders langjährige Assistentin und Co-Autorin Frau *Dr. iur. Béatrice Grob* würdigte sein wissenschaftliches Werk, während der *Dr. phil. René Roca*, Präsident der Bewegung, Professor Walders politisches Wirken und sein Engagement für die direkte Demokratie in Erinnerung rief.

Einbindung in zentralistische Strukturen der EU gefährdet Föderalismus

Als erste Referentin sprach Frau *Dr. iur. Marianne Wüthrich* zum Thema «Schweiz und EU». Sie zeigte auf, wie sich die Schweiz immer enger in EU-Strukturen einbinden lässt – wirtschaftlich, politisch, militärisch. Auf diese Weise werde der Föderalismus der Schweiz aufgeweicht und zersetzt, warnte sie. Als Beispiel nannte sie das Projekt «Schweiz der Regionen». Um Zürich, Basel und Genf sollen «städtische Grossräume» errichtet werden, sogenannte «Metropolitan-Räume». So soll der «Metropolitan-Raum Zürich» sich über acht Kantone und bis zum Bodensee erstrecken. Europa-weit sind 16 solche «städtische Grossräume» geplant. In der Schweiz wird das Vorgehen durch die «Konferenz der Kantone» gesteuert, welche ihren Sitz in Bern hat, im sogenannten «Haus der Kantone». Diese neue Steuerungsgruppe ist undemokratisch und zentralistisch und passt überhaupt nicht in die gewachsenen und bewährten Strukturen des Schweizerischen Föderalismus.

Auch die Folgen des Schengen/Dublin-Abkommens sind viel zu wenig bekannt. Es führt, so die Referentin, zu einer Einbindung der Schweiz in eines der ambitionösesten Projekte der EU: die EU-weite Zusammenarbeit auf den Gebieten Justiz und Polizei, Asyl und Migration, Sicherheit und Freiheit. Dabei muss die Schweiz auch bei sämtlichen Weiterentwicklungen des Schengen-Vertrags mitmachen, obwohl sie nie darüber abgestimmt hat. Stossend ist, dass die EU der Schweiz mit Ausschluss aus Schengen droht, falls sie bei den bevorstehenden Volksabstimmungen über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und die Einführung der biometrischen Pässe nicht Ja stimmt.

Drohung des Bundesrates ohne Substanz

Auch der Bundesrat droht, dass alle sieben Bilateralen Abkommen I ausser Kraft treten würden,

falls die Stimmberechtigten der Weiterführung der Personenfreizügigkeit nicht zustimmen. Es ist aber die Frage, ob das stimmt. Sogar die EU-freundliche Neue Zürcher Zeitung schreibt, dass die EU «gewiss kein Interesse an einem solchen Rückschritt» habe. In Wirklichkeit hat die EU von diesen Abkommen viele Vorteile. Sie erhält beispielsweise infolge des Forschungsabkommens von der Schweiz 2,4 Milliarden Franken in sieben Jahren allein für das Forschungsprogramm. Dieses Geld fehlt in der Schweiz für die eigene Forschung. Ebenso bringt das Agrarabkommen aus den Bilateralen I der Schweiz mehr Nachteile als Vorteile: Die Schweizer Bauern können mit den Billigimporten aus der EU in keiner Weise konkurrieren, während ihre Möglichkeiten, Lebensmittel in die EU zu exportieren, äusserst beschränkt bleiben. Das Luftverkehrsabkommen erwies sich als weiterer Flop. Es sollte angeblich die Swissair retten, doch heute gibt es sie Swissair nicht mehr. Sie heisst heute Swiss und gehört der Lufthansa. Die Behauptung, die Arbeitslosenquote sei dank der Personenfreizügigkeit gesunken, stimmt ebenfalls nicht. Gemäss einer Studie der Nationalbank wäre die Arbeitslosenquote ohne Bilaterale nämlich im jüngsten wirtschaftlichen Aufschwung viel stärker gesunken. Erst die Rezession werde zeigen, so die Studie, wie die sich Personenfreizügigkeit auswirkt.

Besonders problematisch findet Wüthrich die Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Das VBS marschiert heute bereits in mehreren Konfliktherden auf der Welt unter EU-Kommando mit! Dies verstösst gegen die Neutralität und wurde nie öffentlich diskutiert.

Doch das Beispiel Irlands zeigt, dass sich auch ein kleines Land der EU mit Erfolg widersetzen kann, meinte die Referentin. Nachdem die Iren gegen die Lissabonner Verträge gestimmt hatten, blieben nicht nur die angedrohten schlimmen Folgen aus, sondern die EU bemüht sich seither sogar speziell um Irland und bietet Konzessionen an.

Die EFTA als Alternative zur EU

Das zweite Referat zum Thema «Schweiz und EU» hielt der Unternehmensberater *Reinhard Koradi*. Er betonte, dass die Schweiz an guten nachbarlichen Beziehungen zur EU interessiert sei. Doch diese müssten gleichwertig sein. Nicht gleichwertig sei die Haltung der EU, die Bilateralen Verträge immer als Bringschuld der Schweiz darzustellen. Ebenso stören ihn die Unterwürfigkeit und der vorausseilende Gehorsam des Bundesrates in den Verhandlungen mit der Europäischen Union.

Als Gegengewicht zur EU wurde bereits 1960 die europäische Freihandelsassoziation EFTA gegründet. Ziel war die Förderung von Wachstum und Wohlstand in den Mitgliedsländern. Die EFTA ist eine Freihandelszone in Europa und hat 23 Freihandelsabkommen mit mittel- und osteuropäischen Staaten, Mittelmeerstaaten, südamerikanischen und asiatischen Staaten abgeschlossen. Diese sind heute noch in Kraft. Leider wurde die EFTA von der EU fast aufgesogen, was nicht ganz ungewollt geschehen sein dürfte, meinte Koradi. Er warf die Frage auf: «Könnte die EFTA nicht auch heute wieder eine Alternative zu den Bilateralen Verträgen mit der EU sein?»

Mythen der EU-Propaganda widerlegt

Dann kam Koradi auf einige Mythen zu sprechen, die zur Propagierung der Bilateralen Verträge verbreitet werden. Als erstes widersprach der Referent dem Mythos, die Bilateralen Verträge hätten das Wirtschaftswachstum der Schweiz zusätzlich gesteigert. Das stimmt nicht. Tatsächlich hat die Schweiz laut Koradi in den Jahren 2004 bis 2007 ihre Exporte weltweit um 35% gesteigert, die Exporte in die EU aber nur um 34%. Somit ist der Anteil der Exporte in die EU am Gesamtexport der Schweiz in diesen Jahren sogar gesunken. Ein weiterer Mythos besagt, das Exportgeschäft mit der EU würde Arbeitsplätze in der Schweiz sichern. Auch das ist nicht belegt. Gerade in konjunkturell schwächeren Zeiten ist der Inlandkonsum ein stabilisierender Faktor, während der Export infolge von Konjunkturerinbrüchen im Ausland sehr schnell einknicken und zum Abbau von Arbeitsplätzen führen kann. Ein dritter Mythos behauptet, die Arbeitskräfte aus der EU seien vor allem für die Hotellerie und den Pflegebereich wichtig. In Wirklichkeit sind es mehrheitlich Hochschulabsolventen und Führungskräfte, welche aus der EU einwandern. «Warum bildet die Schweiz nicht mehr eigene Leute aus?» fragte Koradi.

Drohungen bei Vertragsabschluss sind rechtswidrig

Die Drohung der EU, die Bilateralen Abkommen I zu kündigen und die Schweiz aus Schengen auszuschliessen, falls sie bei der bevorstehenden Volksabstimmung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit nicht zustimmt, findet Koradi ungeheuerlich. Zunehmend übe die EU politischen Druck auf die Schweiz aus, was rechtswidrig sei. Drohungen beim Abschluss von Verträgen sind juristisch als Nötigung einzustufen und verletzen das Gebot der Gleichberechtigung.

In Wirklichkeit profitiert die EU massiv von den Verträgen mit der Schweiz. So würde die EU beispielsweise ohne die Nord-Süd-Verbindung durch die Schweiz an ungelösten Logistikproblemen zerbrechen. Die Schweiz hingegen investierte über 4,3 Milliarden Franken in den Lötschbergtunnel für die NEAT. Für den internen Warenverkehr braucht es aber keine NEAT; diese braucht es nur für den Schwerverkehr der EU. Zudem hat sich der Aufwand für den Unterhalt der Nationalstrassen seit der Zulassung der 40-Töner aus der EU enorm verteuert. Dazu kommt jährlich eine Milliarde, welche die Schweiz in den «Kohäsionsfonds» der EU einzahlen muss. Das Argument, die Schweiz «picke nur die Rosinen», erweist sich somit als krass irreführend und falsch.

Wirtschaftsordnung muss kleinräumige Versorgung sicherstellen

Verschiedenen Dossiers im Rahmen der Bilateralen II sind noch offen, rief Koradi in Erinnerung. Eine Forderung der EU lautet beispielsweise, dass die Schweiz die Strom-Liberalisierung noch vor dem von der EU vorgeschlagenen Stromtransitabkommen durchführen müsse. Dieses will die Schweiz in einen liberalisierten Strommarkt einbinden. Zudem liegt ein Freihandelsabkommen für den Agrar- und Lebensmittelbereich auf dem Tisch, das alle «Handelshemmnisse» für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel aus dem Weg räumen soll. Zölle, Kontingente, eigene Produktionsvorschriften und Zulassungsbestimmungen der Schweiz sollen fallen. Gemäss Cassis-

de-Dijon-Prinzip müssen alle Produkte, die in der EU zugelassen sind, auch in der Schweiz ohne weitere Kontrollen frei zirkulieren können. Die Folge wird eine Überschwemmung des Schweizer Lebensmittelmarktes mit Billigimporten aus der EU sein. Für die meisten Schweizerinnen und Schweizer sind dann die inländischen Nahrungsmittel nicht mehr erschwinglich. Ziel ist, die Schweizerische Landwirtschaft zum Verschwinden zu bringen. Die Schweizer Bauern würden zu Landschaftspflegern, die Schweiz zur Wellness- und Erholungszone für EU-Eliten. Mit diesen Abkommen würde die Sicherheit und Gesundheit der Schweizer Lebensmittel geopfert. Für Koradi ist das eine grundsätzlich falsche Ausrichtung der Politik. Besonders in unsicheren Zeiten könne die starke Auslandabhängigkeit leicht zu Versorgungsengpässen bei Lebensmitteln führen, warnte er. Doch solche Bedrohungsszenarien würden von der Politik weitgehend ignoriert.

Zusammenfassend beurteilte Koradi die Lage als beunruhigend. Was er dargestellt habe, entspreche nicht dem Willen des Volkes, das Volk habe nie solche Aufträge erteilt. Zudem werde die Öffentlichkeit kaum über die Verhandlungsgegenstände mit der EU orientiert, die öffentliche Diskussion sei weitgehend ausgeschaltet. Für Koradi muss zuerst die Grundsatzfrage geklärt werden: «Welche Wirtschaftsordnung brauchen wir?» Er ist der Meinung, dass ein neues Modell einer Wirtschaftsordnung unerlässlich ist, welches die Aufgaben der Zukunft lösen kann – ein Modell, das die kleinräumige Versorgung der Bevölkerung sicherstellt.

Zwischen und nach den beiden gehaltvollen und nachdenklich stimmenden Referaten kamen aus dem Publikum viele interessierte Fragen, und es entstand eine angeregte Diskussion.

Die Nato – eine selbstfinanzierte Söldnertruppe der USA

Am Nachmittag referierte der Historiker Dr. phil. Daniele Ganser von der Universität Basel zum Thema «Schweiz und Nato». Zuerst sprach er über die Nato im kalten Krieg. Dazu zitierte er den US-Präsidenten Richard Nixon, welcher die Nato als die einzige internationale Organisation bezeichnet habe, welche funktionierte – weil sie unter Führung der USA stünde! Für Peter Scholl-Latour ist die Nato laut Ganser nichts anderes als eine «selbst finanzierte Söldnertruppe» der USA. Der Referent führte aus, dass der höchste militärische Befehlshaber der Nato (SACEUR) immer ein Amerikaner ist. Nur der Generalsekretär ist ein Europäer. Auf diese Weise wird geschickt vorgetäuscht, die Nato sei eine europäische Organisation. Denn der europäische Generalsekretär (zur Zeit der Holländer Jaap de Hoop Scheffer) tritt regelmässig öffentlich auf, während der militärisch mächtige amerikanische General (zur Zeit der US General Bantz Craddock) stets im Hintergrund bleibt.

Geheimarmeen der Nato unter Führung der CIA

Zur Zeit des Kalten Krieges (1950-1990) baute die Nato in sämtlichen westeuropäischen Ländern und der Türkei Geheimarmeen auf, welche von der CIA und anderen westlichen Geheimdiensten geführt wurden (vgl. Ganser Daniele: Nato-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung, Orell Füssli 2008). In Belgien hiess die Geheimarmee SDRA8, in Italien Gladio. Auch die Schweiz hatte unter dem Namen «P26» ihre Geheimarmee, verneint aber, dass

diese mit der Nato in Verbindung stand. Noch heute versucht die Nato, die Existenz dieser Geheimarmeen in Europa zu leugnen oder zu vertuschen. Parlamentarische Untersuchungen darüber gab es nur in der Schweiz, in Italien und in Belgien.

Die oberste Kommandostelle der Nato-Geheimarmeen war das Pentagon. Von dort ging die Befehlskette weiter zur Nato-Zentrale in Europa (SHAPE) und dann zur CIA und zum britischen Geheimdienst MI 6. Die Idee hinter den Geheimarmeen war, den Widerstand gegen eine sowjetische Besatzung aufzubauen, falls die offiziellen europäischen Armeen von den Sowjets besiegt würden, so erklärte Ganser.

Obschon keine sowjetische Invasion stattfand, wurden die Geheimarmeen der Nato aktiv. In einigen Ländern Westeuropas kooperierten sie mit Rechtsextremen, welche Terroranschläge gegen die eigene Bevölkerung ausführten. Ziel war, die Linke zu diskreditieren, der man die Anschläge in die Schuhe schob. Deshalb spricht man von «false flag terrorism» – Terrorismus unter falscher Flagge. In Italien wurde beispielsweise gesagt, die Roten Brigaden hätten die Terroranschläge verübt. Mit dieser menschenverachtenden «Strategie der Spannung» baute die Nato im Dienst der USA politischen Druck gegen die Kommunisten auf, damit diese keine Regierung bilden konnten.

Verstrickung der Schweiz mit der Nato

Auch die Schweiz ist enger mit der Nato verstrickt, als viele ahnen. Am 11. Dezember 1996 traf sich Bundesrat Flavio Cotti in Brüssel mit dem europäischen Nato-Generalsekretär Javier Solana, um die Beitrittserklärung zur Nato-Unterorganisation «Partnerschaft für den Frieden» (PfP) zu unterzeichnen. Da Cotti nicht nach Amerika flog und sich nicht mit dem obersten militärischen Befehlshaber der Nato, dem US-General, traf, war die Bedeutung dieses Beitritts für viele schwierig zu erkennen. Es gab auch keine Volksabstimmung über den PfP-Beitritt. Ganser erklärte, dass verschiedene Länder, die früher der PfP beigetreten waren, heute Vollmitglieder der Nato sind.

Ein nächstes Beispiel für die Verstrickung der Schweiz in die Nato ist die Swissscoy. Am 24. März 1999 wurde der Befehl für den Luftangriff der Nato auf Kosovo gegeben. Die damalige Darstellung «böse Serben gegen liebe Albaner» greift aber zu kurz, so Ganser. Hinter den Kulissen spielten sich ganz andere Szenarien ab, der Beginn des Krieges war komplex und vielschichtig. So trainierte die CIA bereits 1998 die albanische Militäreinheit UCK in Albanien und in Afghanistan. Sehr umstritten ist zudem der genaue Hergang des Massakers von Racak vom 16. Januar 1999, das den Nato-Angriff auslöste (in diesem Zusammenhang verwies Ganser auf das Buch «Kriegslügen» von Jürgen Elsässer). Weil die Nato beim Angriff auf Kosovo ohne ein Mandat des Uno-Sicherheitsrates handelte, war der Angriff eine klare Verletzung des Völkerrechtes. Trotzdem entschied sich die Schweiz einige Zeit später, 220 Militäranghörige der Schweiz unter dem Kommando der Nato im Kosovo zu stationieren, welche bis heute vor Ort sind.

Auch in Afghanistan waren bis März 2008 Schweizer Militäranghörige unter dem Befehl der Nato stationiert. Es waren zwar nur zwei Offiziere, doch diese zwei gefährdeten die Neutralität. Mit ihnen wurde die Schweiz in das militärische Vorgehen der Nato eingebunden. Im Parlament gab es

dagegen Protest, und zwar von links und von rechts. Die breite Mitte hingegen meinte, man müsse bei der «internationalen Friedensförderung» mitmachen.

Die Nato kreist Russland ein

Die Nato-Ausweitung geht unablässig weiter – obwohl die Nato Russland nach dem Mauerfall versprochen hatte, sich nicht nach Osteuropa auszudehnen. Von 16 Mitgliedstaaten im kalten Krieg ist die Militärallianz auf heute 26 Staaten angewachsen. Die Führungsmacht USA setzt die Nato als Instrument ein, um Russland einzukreisen, so Ganser, und benützt sie als Teil des amerikanischen Stützpunktkonzepts rund um den Globus.

Dann kam Ganser auf die Situation in Afghanistan zu sprechen. Er wies darauf hin, dass die USA im Jahr 1979 die Mujahedin in Afghanistan bereits vor dem russischen Einmarsch unterstützt hatten. So lockten sie die Sowjets «in die afghanische Falle». Dies erfolgte auf Anraten des damaligen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. Das sei das kalte Denken von Geostrategen ohne Empathie, charakterisierte Ganser das Vorgehen.

Pentagon-Terrorismus in Europa?

Doch wie wurde die Nato in den amerikanischen Krieg gegen Afghanistan eingebunden? Die Begründung lautete «Kampf gegen den Terrorismus» und Jagd nach Osama bin Laden. Den Ausschlag gaben die Ereignisse vom 11. September 2001: die Terroranschläge in New York und Washington auf das WTC und das Pentagon. Noch am gleichen Tag, also ebenfalls am 11. September, wurde die Nato aktiviert und der Bündnisfall nach Artikel 5 ausgerufen. Vier Wochen später, am 7. Oktober, fielen bereits die ersten Bomben auf Afghanistan. Und seither befindet sich die Nato im Krieg mit Afghanistan. Diesen Krieg will auch der neue US Präsident Obama weiterführen, wie er nach seinem Wahlsieg erklärte. Um seine Entschlossenheit zu unterstreichen, ernannte Obama den Afghanistan-Veteran und früheren Nato-Oberkommandanten General James Jones zu seinem Nationalen Sicherheitsberater.

Der Afghanistankrieg wurde, wie erwähnt, mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 begründet. Doch der offizielle Bericht zu diesen Anschlägen, der 600 Seiten lange «9/11 Commission Report» der US-Behörden, sei unzulänglich und lückenhaft, erklärte Ganser. Allein das Faktum, dass der Einsturz des dritten Gebäudes auf dem Gelände des WTC im Bericht nicht einmal erwähnt wird, sei unglaublich. Ganser führte aus, dass die Version der US-Regierung über die Ereignisse vom 11. September 2001 im erwähnten Report so widersprüchlich und unglaubwürdig sei, dass viele weltweit sie anzweifeln würden. Wissenschaftler stellen andere Theorien über die Hintergründe des 11. September auf, welche auch ein Mitwissen oder gar eine Mittäterschaft der US-Regierung oder Teilen von ihr in Betracht ziehen (vgl. Ganser Daniele. Der erbitterte Streit um den 11. September. Tages-Anzeiger, 9.9.2006).

Ganser schloss sein Referat mit dem Hinweis auf einen Artikel im Spiegel «Die dunkle Seite des Westens» (Spiegel 15/2005, S. 48) Dort wurde sein Buch über die Nato-Geheimarmeen in der englische Erstveröffentlichung besprochen. Der Referent wies darauf hin, dass es auch heute noch sehr

schwierig sei, diese «dunkle Seite des Westens» und die verdeckte Kriegsführung der Nato zu untersuchen, auch an Schweizer Universitäten. Für die Friedensforschung sei es indes zentral, diese Themen anzugehen, da die Techniken durchaus bekannt seien, wie man durch verdeckte Kriegsführung Angst und Hass erzeugen und Kriege inszenieren könne. Dass die Nato während des kalten Krieges in Europa eine «Strategie der Spannung» betrieb, sei nachgewiesen, unterstrich der Referent, doch für die Gegenwart bleibe diese Strategie noch nachzuweisen.

Das Referat regte zu vielen Fragen und weiterführenden Gedanken an. Man berührte in der Diskussion verschiedenste Themen, und es wurden auch Zusammenhänge zum Vormittag deutlich. Für die Schweiz sei es auf jeden Fall wichtig, ihre Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren, gab Ganser zu bedenken. Die Schweiz solle sich auch in Zukunft für Frieden und Menschenrechte in der Welt einsetzen und Manipulation und Gewalt durch kritische Forschung entgegenwirken.